

USA verhandeln über Irans Unruhen

Die USA haben sich bereit erklärt, die Unterstützung für die iranische Protestbewegung einzustellen, wenn Teheran den Verkauf von Drohnen an Moskau einstellt und Zugeständnisse bei seinem Atomprogramm macht.

6. Dezember 2022 | M. Bhadrakumar

Westliche Mächte schüren schon seit langem öffentliche Unruhen im Iran, sogar schon vor der Gründung der Islamischen Republik. Was die seit [Mitte September](#) andauernden Proteste jedoch einzigartig macht, ist die Tatsache, dass Washington auch Interesse an einer Einigung mit Teheran unter bestimmten Bedingungen signalisiert.

Der iranische Außenminister Hossein Amir-Abdollahian [erklärte](#) am 5. Dezember ausdrücklich, dass die USA und eine Reihe anderer westlicher Länder zu den Unruhen angestiftet haben, weil „eines der Ziele der USA darin bestand, den Iran zu zwingen, am Verhandlungstisch große Zugeständnisse zu machen“, um den Gemeinsamen Umfassenden Aktionsplan (JCPOA), auch bekannt als Iran-Atomabkommen, wiederzubeleben.

Amir-Abdollahians Bemerkung folgte auf die Megaphon-Diplomatie des US-Sondergesandten für Iran, Rob Malley, einige Tage zuvor. Auf einer Konferenz in Rom machte Malley die sensationelle Enthüllung, dass Washington sich derzeit mehr auf Teherans Entscheidung, [Russland in der Ukraine mit Drohnen auszustatten](#), und die Unterdrückung seiner internen Proteste konzentriert als auf Gespräche zur Wiederbelebung des Atomabkommens von 2015:

„Je mehr der Iran unterdrückt, desto mehr Sanktionen wird es geben; je mehr Sanktionen es gibt, desto mehr fühlt sich der Iran isoliert. Je isolierter er sich fühlt, desto mehr wendet er sich an Russland; je mehr er sich an Russland wendet, desto mehr Sanktionen wird es geben; je mehr sich das Klima verschlechtert, desto unwahrscheinlicher wird es eine Nukleardiplomatie geben.“

„Es ist also wahr, dass sich die Teufelskreise im Moment selbst verstärken. Die Unterdrückung der Proteste und die Unterstützung des Irans für den russischen Krieg in der Ukraine stehen im Mittelpunkt unseres Interesses, weil sich dort die Dinge abspielen und wir etwas bewirken wollen“, fügte er hinzu.

Warum die USA die Demonstranten unterstützen

Im Wesentlichen gab Malley zu, dass die Regierung Biden an den laufenden Protesten im Iran beteiligt ist.

Wichtig ist, dass er auch andeutete, dass, obwohl Teheran eine Reihe von schicksalhaften Entscheidungen getroffen hat, die eine vollständige Wiederbelebung des Atomabkommens und eine Aufhebung einiger Wirtschaftssanktionen vorerst politisch unmöglich machen, die Tür zur Diplomatie

nicht verschlossen ist, wenn die iranische Führung ihren Kurs in den Beziehungen zu Russland ändert.

In weiteren [Äußerungen](#) gegenüber Bloomberg am folgenden Tag sagte Malley: „Wir können jetzt einen Unterschied machen, indem wir versuchen, die Lieferung von Waffen an Russland zu verhindern und zu unterbrechen und die grundlegenden Bestrebungen des iranischen Volkes zu unterstützen.“

Nach seinen Worten zielt Washington nun darauf ab, die Waffenlieferungen des Irans an Russland zu „stören, zu verzögern, den Iran abzuschrecken und zu sanktionieren“, da jegliche Lieferung von Raketen oder Unterstützung beim Bau militärischer Produktionsanlagen in Russland „neue Grenzen überschreiten“ würde.

Malley hat das Vorgehen der USA gegen die Proteste im Iran direkt mit der Außen- und Sicherheitspolitik Teherans gegenüber Moskau und der indirekten Verwicklung in den Konflikt in der Ukraine in Verbindung gebracht. Während die Proteste im Iran Mitte September begannen, gab es schon etwas früher erste Anzeichen dafür, dass sich die US-Geheimdienste auf die militärischen Beziehungen zwischen dem Iran und Russland konzentrierten.

Aufrüstung Russlands in der Ukraine

Ende Juli [behauptete](#) der Nationale Sicherheitsberater der USA, Jake Sullivan, während eines Medienbriefings im Weißen Haus, Iran wolle „mehrere hundert“ waffenfähige unbemannte Luftfahrzeuge an Moskau verkaufen.

Sullivan behauptete, dass der Iran bereits russisches Personal im Umgang mit den Drohnen ausgebildet. Innerhalb einer Woche bekräftigte Sullivan diese Behauptung.

Der Zeitpunkt von Sullivans Äußerungen muss genau beachtet werden – er fiel mit einem Besuch des russischen Präsidenten Wladimir Putin in Teheran am 19. Juli zusammen. Die Gespräche Putins mit der iranischen Führung deuteten darauf hin, dass zwischen Moskau und Teheran eine strategische Polarisierung im Gange ist, die weitreichende Folgen für die regionale und internationale Politik haben wird.

Die Gespräche in Teheran reichten von den anhaltenden Konflikten in der Ukraine und in Syrien über die Rechtmäßigkeit der vom Westen verhängten Sanktionen bis hin zur Entdollarisierung, der Geopolitik im Energiebereich, dem Internationalen Nord-Süd-Transportkorridor ([INSTC](#)) und der Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich.

Im Anschluss an die Gespräche mit Putin reiste der Stabschef der iranischen Streitkräfte, General Mohammad Bagheri, Mitte Oktober nach Moskau. Bagheri traf mit dem russischen Verteidigungsminister Sergej Schoigu zusammen, was darauf hindeutet, dass die militärischen Beziehungen zwischen den beiden Ländern [unumkehrbar](#) an Dynamik gewinnen.

Vierzehn Tage nach Bagheris Besuch traf der Sekretär des russischen Sicherheitsrates, Nikolai Patruschew, in Teheran ein, um „verschiedene Fragen der russisch-iranischen Zusammenarbeit im Bereich der Sicherheit sowie eine Reihe internationaler Probleme“ zu erörtern, wie die Nachrichtenagentur Interfax berichtete.

Russischen Staatsmedien zufolge erörterte Patruschew mit seinem iranischen Sicherheitskollegen Ali Schamchani die Lage in der Ukraine und Maßnahmen zur Bekämpfung der „westlichen Einmischung“ in die inneren Angelegenheiten beider Länder. Patruschew traf während seiner Reise auch mit dem iranischen Präsidenten Ebrahim Raisi zusammen.

Nach westlicher Einschätzung herrscht innerhalb des iranischen Establishments Uneinigkeit darüber, wie mit den Protesten umzugehen ist. Dies wiederum verschärft die interne Debatte über die Sinnhaftigkeit des wachsenden Bündnisses mit Russland gegenüber einer erneuten Annäherung an den Westen in einem neuen Versuch, das Atomabkommen wiederzubeleben, aus dem sich die USA 2018 zurückgezogen haben.

Pragmatismus statt Proteste

Malleys Äußerungen deuteten eindeutig darauf hin, dass die USA trotz ihrer Unterstützung für die Proteste im Iran weiterhin offen für Geschäfte mit Teheran sind, wenn dieses seine sich vertiefende strategische Partnerschaft mit Moskau zurückfährt und sich nicht in den Konflikt in der Ukraine einmischt.

In ähnlicher Weise hat sich auch Rafael Grossi, der Leiter der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEO), Anfang des Monats mit der Bemerkung zu Wort gemeldet, dass die UN-Überwachungsbehörde [keinerlei Beweise](#) dafür habe, dass der Iran ein Atomwaffenprogramm verfolge, was bedeutet, dass die Tür für eine Wiederaufnahme der Verhandlungen in Wien offen bleibt.

Unterm Strich stellen die anhaltenden Proteste im Iran keine unmittelbare Bedrohung für die Regierung und schon gar nicht für den Staat dar. Teheran weiß das. Dennoch ist es wahrscheinlich, dass die Regierung die Hidschab-Politik ändern wird, um die Demonstranten zu besänftigen.

Aus Berichten geht hervor, dass im Zuge der anhaltenden Proteste viele Frauen in den iranischen Städten, insbesondere in Teheran, ohne Kopfbedeckung auf die Straße gehen. Es gibt auch Hinweise darauf, dass die „Sittenpolizei“ bis auf Weiteres [suspendiert](#) worden ist.

Auch die außen- und sicherheitspolitische Zusammenarbeit mit Moskau ist für das strategische Kalkül Teherans von entscheidender Bedeutung, und die iranische Führung zeigt keine Anzeichen dafür, dass sie diese in absehbarer Zeit ändern wird.

Am 3. Dezember sprach die Direktorin des US-Geheimdienstes, Avril Haines, die [unverhohlene Drohung](#) aus, dass die iranische Regierung die Proteste zwar jetzt nicht als Bedrohung empfinde, dass sie aber aufgrund der hohen Inflation und der wirtschaftlichen Unsicherheit mit weiteren Unruhen rechnen müsse.

„Selbst innerhalb der Regierung gibt es Kontroversen darüber, wie man auf die Unruhen reagieren soll“, sagte sie.

Iran entscheidet sich für Unabhängigkeit und Sicherheit

Bezeichnenderweise haben iranische Medien separat [berichtet](#), dass der iranische Atomunterhändler und stellvertretende Außenminister Ali Bagheri Kani am vergangenen Wochenende Moskau besucht hat.

Bagheri Kani traf sich mit seinem russischen Amtskollegen Sergej Rjabkow, um „die Aussichten auf eine vollständige Umsetzung“ des JCPOA zu erörtern, „um den Ansatz des Multilateralismus zu stärken und dem Unilateralismus entgegenzutreten und an den in der Charta der Vereinten Nationen enthaltenen Grundsätzen festzuhalten“ – sowie die „Bemühungen der beiden Länder, instrumentellen politischen Missbrauch und eine selektive Behandlung von Menschenrechtsfragen durch westliche Mächte zu verhindern“.

Die offizielle iranische Nachrichtenagentur IRNA berichtete später aus Teheran unter Berufung auf Bagheri Kani, dass beide Seiten „die bilateralen Beziehungen in den vergangenen Monaten überprüft und in gegenseitigem Einvernehmen Rahmenbedingungen und Mechanismen für die Entwicklung der Beziehungen geschaffen haben“. Zu den besprochenen Themen gehörten Syrien, der Südkaukasus und Afghanistan als Bereiche der Zusammenarbeit zwischen Teheran und Moskau.

Bagheri Kanis Konsultationen in Moskau haben mit Sicherheit zu den groß angelegten US-amerikanisch-israelischen Luftübungen vom vergangenen Dienstag beigetragen, bei denen Angriffe auf das iranische Atomprogramm simuliert wurden. Das israelische Militär teilte in einer Erklärung mit, dass die gemeinsamen Flüge von vier israelischen F-35i Adir Tarnkappen-Kampffjets, die vier US-amerikanische F-15 Kampffjets durch den israelischen Luftraum begleiteten, „ein operatives Szenario und Langstreckenflüge“ simulierten.

Die Erklärung fügte hinzu: „Diese Übungen sind ein Schlüsselement der zunehmenden strategischen Zusammenarbeit der beiden Militärs als Reaktion auf die gemeinsamen Sorgen im Nahen Osten, insbesondere die, die vom Iran ausgehen.“